

Luzerner Tagblatt

Terrorwaffen im Handgepäck 3
Verschwinden die Kartelle allmählich? 3
Spanien plant «Provinz Gibraltar» LM



Hans Erni 60 Jahre alt

Heute Freitag, den 21. Februar, vollendet in Luzern Kunstmaler Hans Erni sein 60. Lebensjahr. Wir wir ihn kennen, wird er auch diesen Tag kaum feiern, sondern zu unentwegtem Schaffen nützen. Seine Heimatstadt hat den international angesehenen Luzerner Künstler im Dezember 1967 mit ihrem Kunstpreis geehrt, und im kommenden Sommer wird Genf aus Anlaß des 60. Geburtstages des vor allem auch im Welschland hochangesehenen Künstlers eine umfassende Gesamtausstellung des künstlerischen Werkes von Hans Erni veranstalten (eine Gelegenheit, die sich Luzern leider entgehen ließ...). Unsere Mitarbeiterin Eva Roelli berichtet im Innern des Blattes über einen geburstäglichen Atelierbesuch beim Künstler.

Englands Wehrpolitik auf Europa konzentriert

Weißbuch über die britische Verteidigungspolitik

(AFP/R) Die britische Verteidigungspolitik ist durch die Anerkennung der Tatsache charakterisiert, daß die politischen und wirtschaftlichen Realitäten den Entscheid. die militärische Rolle Großbritanniens auf Europa zu konzentrieren, noch unterstreichen. Mit diesem Kernsatz wurde in einem Weißbuch über die Verteidigung die gegenwärtige verteidigungspolitische Lage Großbritanniens umrissen. Gleichzeitig wurde bekanntgegeben, daß das Verteidigungsbudget erstmals seit 1958 niedriger ist als bisher. Für 1969/70 wird mit Ausgaben von 2266 Millionen Pfund gerechnet, was rund fünf Prozent weniger ist als in der Periode 1968/69.

Verteidigungsminister Healey gab in einer Presseerklärung bekannt, daß die Truppenstärke der Rheinarmee innerhalb der nächsten zwölf Monate vergrößert werden könne. Für die Streitkräfte im Mittelmeerraum sei eine Verstärkung um 6500 Mann vorgesehen.

Healey vertrat die Überzeugung, daß die Erweiterung der Nato-Streitkräfte zu einer größeren Beweglichkeit der Militärpolitik des Bündnisses führen und damit die «atomare Schwelle» erhöhen werde. Trotz geringerer Verteidigungsausgaben werde die britische Regierung in der Lage sein, ihren Beitrag zur Verteidigung Europas beträchtlich zu erhöhen. Der Mittelmeer-Flotte soll ein Flugzeugträger oder Landungskreuzer

sowie ein Lenkraketenerstörer zugeteilt werden. Der Beitrag Londons zur atomaren Abschreckungsmacht des Westens soll allein der Marine übertragen werden. Healey betonte, daß sieben atomgetriebene U-Boote im Bau sind und das achte Boot bald in Auftrag gegeben werde. Die britische Verteidigungspolitik setze dieses Jahr die Segel unter die Umwandlung Großbritanniens von einer Weltmacht in eine europäische Macht. Das Ziel dieser Politik sei die Sicherheit Großbritanniens durch die Konzentration auf die Nato. Sie anerkenne damit die Realitäten der wirtschaftlichen und politischen Interessen des Landes.

Vor einem Jahr hatte Premierminister Wilson eine Neuausrichtung der britischen Verteidigungspolitik auf die Nato und Europa beschlossen. Damals kündigte er den beschleunigten Rückzug der britischen Streitkräfte aus Malaysia, Singapur und dem Gebiet des Persischen Golfes, die Herabsetzung der Truppenbestände vor 1971 um 75 000 Mann, die Stilllegung der Flugzeugträger-Flotte nach dem Rückzug der britischen Truppen östlich von Suez und die Herabsetzung der Gurkhas-Brigade auf 6000 Mann an. Die Gesamtzahl der britischen Truppen ist nach den Plänen der britischen Regierung innerhalb eines Jahres von rund 417 000 auf 395 000 gesenkt worden.

Bemühungen um Beilegung der WEU-Krise

Parlamentarierkonferenz in Paris eröffnet

Paris, 20. Febr. ag. (DPA) Mit dem beschwörenden Appell an Frankreich, durch seine Unzufriedenheit nicht den europäischen Aufbau zu gefährden, hat in Paris die zweitägige Sitzung der parlamentarischen Versammlung der westeuropäischen Union (WEU) begonnen. Bei der Eröffnung der Sitzung, die im Schatten der Krise nach dem französischen WEU bis auf weiteres zu boykottieren, mahnte der italienische Vorsitzende Vittorio Badini Confalonieri, wegen einer Kontroverse über eine Frage von offenkundig technischem Charakter es nicht zu einer größeren Krise in Europa kommen zu lassen. Frankreich solle wieder an den Tisch des WEU-Rates zurückkehren und so schnell wie möglich mit Großbritannien eine «direkte, offene und vertiefte Diskussion» eingehen. — Zu Beginn der Beratungen in Paris zeichneten sich bereits Tendenzen zu einer Entschärfung der Krise ab.

Kurz vor Abschluß der Vormittags-sitzung des WEU-Parlamentes wurde folgender, von den Vorsitzenden der christlichdemokratischen, sozialistischen und liberalen Fraktion unterzeichneter Entwurf einer Entschließung über die WEU-Krise veröffentlicht:

«Die Versammlung begrüßt die vom Rat bei seinen jüngsten Treffen in Luxemburg und London ergriffene Initiative zur Sicherstellung enger und kontinuierlicher Konsultation zwischen den Regierungen über Fragen der internationalen Beziehungen und äußert die Hoffnung, daß die französische Regelung zustimmen wird, voll an diesen Konsultationen teilzunehmen.»

Der französische Außenminister Debré empfing wegen der WEU-Krise den luxemburgischen Kollegen Gaston Thorn, der gegenwärtig amtierender Präsident des Ministerrates der WEU ist. Das Gespräch dauerte eine halbe Stunde. Thorn hat dabei ein Projekt dargelegt, das darauf abzielt, den Wortlaut des Vertrages über die WEU zu ergänzen oder zu ändern. Einzelheiten wurden nicht bekannt.

Thorn nahm als einziger prominenter die ganz im Zeichen des zwischen Frank-Gastredner an der Versammlung teil, reich und den übrigen Mitgliedsländern ausgebrochenen Verfahrensstreits stand. Er äußerte die Ansicht, daß bei allen Partnern des Gemeinsamen Marktes und der WEU der echte Wunsch bestehe, sich um ein und denselben Tisch wiederzufinden.

Arabische Untergrund-«Elite» drängt nach vorn

«Volksfront» überrundet «El Fatah» - Rivalitäten unter arabischen Guerillas

(UPI) Der Anschlag auf eine Passagiermaschine der «El-Al» in Kloten hat schlagartig das Interesse der Öffentlichkeit auf die verschiedensten arabischen Widerstandsorganisationen gelenkt, von denen die «El Fatah» die bekannteste, keineswegs aber die nach außen hin erfolgreichste ist. Das gilt zwar nicht für die Zahl der Unternehmungen gegen Israel, doch für die Wirkung in der Weltöffentlichkeit.

Für das Attentat in Zürich zeigte sich einmal mehr die «Volksfront für die Befreiung Palästinas» (PFLP) verantwortlich, die ihren Kampf gegen Israel vor allem auf spektakuläre Commando-Unternehmen ausgerichtet hat. Die PFLP, im Gegensatz zu den anderen Guerilla-Einheiten erst nach dem Juni-Krieg im Jahre 1967 gebildet, sieht ihr Ziel nicht im täglichen Kleinkrieg in den von Israel besetzten arabischen Gebieten. Sie betrachtet sich als Elite der Guerilla-Gruppen und will die Weltöffentlichkeit durch gezielte Aktionen auf die nach ihrer Meinung widerrechtliche Beherrschung Palästinas durch die Israelis aufmerksam machen.

Die im Dezember 1967 bekannt gewordene Organisation erregte erstmals Aufsehen, als eine Gruppe ein israelisches Verkehrsflugzeug auf dem Flug von Rom nach Tel Aviv zur Landung in Algier zwang. Dieser ersten Aktion folgten Bombenattentate in Jerusalem und Tel Aviv.

Die PLO, «El Fatah» und die anderen Widerstandsorganisationen hatten seit Jahren Führungskrisen zu überwinden. Schließlich wurde Yassir Arafat zum PLO-Chef ernannt, der besonders nach Bagdad und Syrien enge Beziehungen unterhält. Ziel Arafats ist es seitdem, alle Widerstandsorganisationen unter ein gemeinsames Oberkommando zu bringen, was bisher ein Wunschtraum blieb.

Nicht erst nach dem Attentat in Zürich, sondern schon nach dem Anschlag auf eine «El-Al»-Maschine in Athen am 26. Dezember 1968 hat die «Volksfront für die Befreiung Palästinas» erklärt, ihre Aktionen seien «Vergeltungsschläge» für die Behandlung der arabischen Bevölkerung in den von Israel besetzten Gebieten. Der nach dem Zwischenfall von Athen von Israel ausgeführte israelische Raid gegen den Flughafen von Beirut brachte den Libanon vorübergehend in den Mittelpunkt des Nahost-Konfliktes.

Damit hatte die PFLP eines ihrer politischen Ziele erreicht, die darin bestehen, die bisher nicht am «Heiligen Krieg» gegen Israel beteiligten Nationen in den Konflikt einzubeziehen.

Die Undurchsichtigkeit des Kleinkrieges der Guerillas und ihre Rivalitäten werden nach Auffassung politischer Beobachter durch den kürzlich in Kairo abgehaltenen sogenannten «Nationalkongreß» der Araber unterstrichen, der von der PFLP boykottiert wurde. Auf dieser Tagung in Kairo wurde Arafat zum Vorsitzenden dieses sogenannten

arabischen Exil-Parlamentes gewählt, das aber spätestens seit dem Attentat in Zürich und den darauf folgenden Erklärungen der PFLP nicht mehr den Anspruch erheben kann, allein den Widerstand gegen Israel zu verkörpern.

Kämpfe zwischen palästinensischen Terroristen in Amman

Amman, 20. Febr. ag. (AFP) Zum zweitenmal innert 48 Stunden haben sich am Donnerstag zwei rivalisierende Commandos der Volksfront für die Befreiung Palästinas (PFLP) harte Kämpfe inmitten der jordanischen Hauptstadt Amman geliefert. Seit dem Morgen dauern die Schießereien an. Nach ersten Informationen aus informierter Quelle wurde bisher eine Person getötet, drei weitere wurden verletzt.

Neue Stellungnahme Washingtons

Washington, 19. Febr. ag. (AFP) Zum zweitenmal innert 24 Stunden hat US-Staatsdepartement den Anschlag auf ein israelisches Verkehrsflugzeug im Zürcher Flughafen Kloten verurteilt.

Der Sprecher des Staatsdepartementes, McCloskey, bezeichnete das Attentat als absurd und bedauerlich. Ferner meinte er: «Angriffe solcher Art stellen für die Sicherheit und Freiheit der zivilen Luftfahrt und nicht zuletzt für alle Flugreisenden eine schwere Bedrohung dar. Um die Zivilluftfahrt vor solchen illegalen Akten zu schützen, sind so bald wie möglich wirksame Maßnahmen zu ergreifen.»

Die amerikanische Regierung hat Tel Aviv aufgefordert, von unüberlegten Gegenschlägen abzusehen. Die amerikanische Regierung soll mit verschiedenen Staaten Kontakt aufgenommen haben, um die Lage nach dem Zürcher Attentat zu prüfen. Der ständige UNO-Vertreter der USA ist angewiesen worden, die Mitglieder des Sicherheitsrates über die Haltung der Vereinigten Staaten gegenüber dem jüngsten Terrorakt in Kenntnis zu setzen. Die USA wollen die Frage der Luftsicherheit auch an der Tagung des Rates der Internationalen Organisation für Zivilluftfahrt in Montreal behandeln.

Sieben angebliche Spione in Bagdad hingerichtet

Bagdad, 20. Febr. ag. (AFP) Wie Radio Bagdad bekanntgab, sind drei Militärspione in Basman erschossen und vier Zivilspione im Zentralgefängnis von Bagdad gehängt worden. «Die Leichen der Verräter wurden heute morgen auf dem Tahrir-Platz in Bagdad ausgestellt», fügte der Sender bei. Nach Angaben von Radio Bagdad hatten die Hingerichteten einem Spionagering angehört, welcher wichtige militärische Geheimnisse an Israel verriet.

In einem kurzen Kommentar führte Radio Bagdad aus, die Exekution vom 27. Januar und diejenigen vom Donnerstag bildeten nur eine Etappe auf dem Wege der «Befreiung Palästinas» und der Liquidierung aller Agenten des Imperialismus an der inneren Front. So erfüllte die Revolution vom 17. Juli 1968 ihre Versprechen, alle Agenten und Spione im Irak zu beseitigen.

Radio Bagdad verbreitete während vier Stunden Aufnahmen von den Prozess-verhandlungen. Die Anklündigung der Hingerichteten war von Militärmärschen umrahmt. Doch wurde nicht, wie bei den Hinrichtungen vom 27. Januar, zu Manifestationen aufgefordert. Der Prozeß fand hinter geschlossenen Türen statt, die Urteile wurden am 11. Februar ausgesprochen.

Keine Juden unter den Hingerichteten

Unter den hingerichteten Irakern befinden sich keine Juden. Radio Irak gab keine näheren Einzelheiten bekannt, doch besteht über die Identität kein Zweifel. Am 27. Januar waren in Basra und Bagdad 15 Personen gehängt worden, darunter neun Juden. Alle fünfzehn wurden der Spionage zugunsten Israels beschuldigt.

Sowjetunion als Völkergefängnis

Die Versklavung der sowjetischen Unionsrepubliken

Anläßlich des 50-Jahr-Jubiläums der Oktoberrevolution war die Sowjetpresse voll des Lobes über die vorbildliche Nationalitätenpolitik der Regierung. Es wurde viel über die Gleichberechtigung und Souveränität der Völker geschrieben und über die politisch freie Entfaltung der nationalen Minderheiten. Die Wirklichkeit sieht anders aus.

Die einzelnen Völker wehren sich noch heute gegen die Russifizierungsbestrebungen des Regimes, weswegen ihnen

«bourgeois Nationalismus» vorgeworfen wird.

Mit am stärksten tritt das Moment in der Ukraine auf, wo es in den letzten Jahren mehrere geheime Prozesse gegen Intellektuelle gegeben hat, denen Partikularismus und sowjetfeindliche Haltung vorgeworfen wurden. Der Ukraine gegenüber verfolgt Moskau folgende Politik: Während ukrainische Fachkräfte und höhere Funktionäre in andere Teile der Sowjetunion geschickt werden, wer-